

Dietrich Hackenberger
Zwischenäckerle 45-1
71522 Backnang
Tel. 07191-68687
E-Mail: hackenberger@outlook.de

Dietrich Hackenberger • Zwischenäckerle 45-1 • 71522 Backnang

Bundespräsidialamt
Herrn Bundespräsident
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Spreeweg 1

10557 Berlin

07.11.2019

Rentenbetrug

Sehr geehrte Herr Bundespräsident,

„Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher!“ (Bertolt Brecht – Leben des Galilei)

Sie kennen dieses Zitat. Sie kennen die unendliche Geschichte um die Aberkennung der Rentenansprüche nach Fremdrentengesetz für DDR-Flüchtlinge und Übersiedler nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Und Sie kennen die Wahrheit.

Den Antrag an den Deutschen Bundestag (17. Wahlperiode) vom 13.04.2011 (Drucksache 17/5516), in dem die SPD-Fraktion fordert, Flüchtlinge vor Rentenminderungen zu schützen, haben Sie selbst unterschrieben.

Sie wissen, dass sich eine Interessengemeinschaft von Betroffenen (IEDF) gebildet hat, die sehr gewissenhaft recherchiert und lückenlos nachgewiesen hat, dass die Praxis der Rentenberechnung durch die Rentenversicherung und die Einbeziehung der DDR-Flüchtlinge in das Rentenüberleitungsgesetz keinerlei rechtliche Grundlage hat. Der Vorsitzende unserer Interessengemeinschaft, Herr Dr. Holdefleiss, hatte am 29.11.2018 im Rahmen eines Treffens in Ihrem Hause Gelegenheit, Ihnen zu dieser Thematik vorzutragen und auf die Petition/Beschwerde 3-19-11-8222-006233 vom 03.03.2018 hinzuweisen.

Ihre Zusage, sich um diese Problematik zu kümmern, ist inzwischen auch wieder ein Jahr her. Getan hat sich nichts.

Der in der Petition geführte Nachweis des Rentenbetrugs ist an Klarheit nicht zu überbieten und wird ergänzend kommentiert durch eine Stellungnahme der Rechtsanwaltskanzlei von Raumer vom 07.10.2019. Die Kanzlei von Raumer ergänzt und stützt die Aussagen in der Petition und geht insbesondere auf ein Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) vom 30.01.2019 ein, in dem einmal mehr, in diesem Fall durch Frau Dr. Natalie Brall, die ablehnende Haltung des zuständigen Ministeriums zum Ausdruck gebracht wird.

Es ist ein Geheimnis der Regierung Merkel, warum sie sich so vehement dagegen stemmt, den ehemaligen DDR-Flüchtlingen und Übersiedlern wieder ihre im Rahmen des Eingliederungsverfahrens zugesagten Rentenansprüche nach FRG zuzugestehen. Warum werden permanent

Tatsachen verdreht, Sozialgerichte angewiesen Unrecht zu sprechen und die Bearbeitung unserer Petition, die im März ihren 2. Jahrestag feiert, mit quälender Langsamkeit belegt. Es geht um berechnete Rentenansprüche von Bürgern, die vielleicht mehr als alle anderen an den Rechtsstaat Bundesrepublik geglaubt haben – so sehr, dass sie noch zu Zeiten, als der Untergang der DDR kaum zu ahnen war, kein Risiko, keine Gefahr scheuten, um in diese Bundesrepublik zu gelangen. Warum werden diese Leute derartig brüskiert?

Die Republik ist in Feierlaune. 30 Jahre Mauerfall und in Kürze 30 Jahre deutsche Einheit. Es sollte endlich auch an der Zeit sein, die **Wahrheit**, die jeder kennt (siehe oben), endlich anzuerkennen und den Betroffenen schnellstmöglich zu ihrem Recht zu verhelfen.

Dazu bitte ich um Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen



PS: Die vorstehend zitierten Unterlagen kann ich bei Bedarf jederzeit zur Verfügung stellen.